

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabende.
Durch vierjährige durch
die Post bezogen 1,20 M.
Angerufen in die
Poststelle-Nr. 0482.

Anzeigenpreis:
so M. für die 8 geplat-
te Seiten.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: Nr. 35815 Postleitzahl Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. U. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Unser neues Werbeplakat.

Das Bild hat in der Werbung für eine bestimmte Idee schon von jeher eine hervorragende Rolle gespielt. Es wirkt ohne Worte, es verstärkt den Eindruck des Wortes und löst, wenn richtig und zur rechten Zeit angewendet, einen sehr nachhaltigen Eindruck aus. Weil wir das wissen, deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir die agitatorische Wirkung des Bildes für unsere Werbezwecke nutzbar machen. Von diesem Gesichtspunkte hat sich der Hauptvorstand unseres Verbandes leiten lassen, als er sich entschloß, das neue Werbeplakat in einer größeren Auflage herstellen zu lassen und es den Zahlstellen unseres Verbandes zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich müssen die Zahlstellenleitungen am besten wissen, wo und wann mit der Agitation eingesezt werden soll. Das nachfolgende Bild zeigt unser Plakat im verkleinerten Maßstab. Es stellt den taffreudigen, unermüdlichen, seine Aufgabe ernst nehmenden Funktionär als Agitator dar in dem Augenblick, da er an die Unorganisierten — sich an jeden einzelnen wendend —, die vorwurfsvollen Worte richtet:



bist noch nicht organisiert,
trotzdem du die Erfolge
des Verbandes der Fabrik-
arbeiter genießt.

In diesen wenigen Worten liegt eine kollegiale Anklage, der Vorwurf mangelnder Solidarität. Wenn das Werbeplakat an Orten und Plätzen angebracht wird, wo Unorganisierte verkehren, wird es schon ganz allein agitatorisch wirken. Es wird bei manchem unserer Organisation noch Fernsehendem das kollegiale Gewissen wachrufen. Das Bild muß zum Mahner werden, dem sich auf die Dauer kein ehrlicher Arbeitskollege bzw. keine Kollegin entziehen kann.

Wir geben in das Frühjahr hinein mit den größten Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage. Dann kann die Agitation mit noch mehr Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden als heute schon. Die Zahlstellenleitungen müssen deshalb unverzüglich die Vorbereitungen für ihre Frühjahrsagitation treffen, dort, wo sie jetzt noch nicht möglich ist. Bestellt Plakate und klebt sie an oder hängt sie aus an Fabriken, in Betriebsrätebüros, in Gewerkschaftshäusern, in Arbeitssämlern, in Konsumvereinen, in Arbeitervereinslokalen, auf Sportplätzen, an Lissahäusern usw. Auf, auf die Arbeit!

Die „Volkshochschule“ der Unternehmer.

III.

Heute wollen wir uns einmal ansehen, was der Unternehmenssyndikus Dr. Engel seinen proletarischen Schülern über Sozialismus zu sagen weiß. Er erzählt seelenruhig, der Sozialismus erstrebt die Aushebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Er vergibt zu sagen, daß es sich um das Eigentum an kapitalistischen Produktionsmitteln handelt. Die Unvereinbarkeit des Eigentums, das als eigener, nicht aus fremder Arbeit erworben ist, haben die Vertreter des Sozialismus bzw. die Sozialdemokraten stets betont.

Interessant ist wieder das beachtigte Zugeständnis Dr. Engels:

Es ist begreiflich, daß mögliche wirtschaftliche oder gesellschaftliche Zustände nachdenkliche Menschen zu der Frage führen, ob nicht durch eine Änderung ihrer Grundlagen (Privateigentum und Familie) eine Besserung erzielt werden könnte.

Das ist nicht nur begreiflich, sondern selbstverständlich, wenn auch nicht für alle Leute. Dass die nachdenklichen Menschen auf sozialistische Ideen kommen, ist ein Beweis, dass manche Menschen nicht nachdenklich sind, und das ist für sie kein gutes Zeugnis.

Einverstanden sind wir mit Dr. Engel wenn er sagt, in Frankreich hätten die „verroffenen“ Zustände (Großgrundbesitzer, königlicher Hof, Adel und hohe Geistlichkeit) haben das arbeitende Volk ausgesogen. Die Red.) zu Revolutionen geführt. Wir stimmen ihm auch zu, wenn er sagt, es sei dem dritten Stand (den sogenannten Bürgerlichen. Die Red.), der sich erhoben hätte, nicht eingefallen, die Gleichheit zu Ende zu denken, obwohl die Erhebung unter dem Zeichen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit vor sich gegangen sei. Ist da Dr. Engel nicht aus der Rolle gefallen?

Wie schon so viele andere, vernichtet dann Dr. Engel den Marxismus. Er fragt: Hat die wirtschaftliche Entwicklung die Marxsche Behauptung bestätigt?, und antwortet gleich von vornherein mit einem kurzen Nein. Weil seit der Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1882 auch die Klein- und Mittelbetriebe etwas zugewonnen haben, glaubt Dr. Engel vor seinen Schülern behaupten zu dürfen: Mit diesem Ergebnis ist die Marxsche Lehre der Verdrängung der Klein- und Mittelbetriebe nicht vereinbar.

Gemach, Herr Dr. Engel! Wir wollen einmal die Zahlen, die amtlich sind, und die auch Sie benutzt haben, so betrachten, wie es sich gehört. In Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei, Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe, Handel, Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaften, Musik, Theater- und Schauspielergewerbe waren vorhanden:

Betriebe	Betriebe			Ja- + oder Abnahme seit 1882	
	1882	1895	1907	absolut	prozent
Alleinbetriebe...	1 877 872	1 714 351	1 463 518	- 414 354	22,06
mit 2 bis 5 Be- schäftigten...	1 004 898	1 220 372	1 682 616	+ 677 720	67,47
mit 6 bis 50 Be- schäftigten...	112 715	191 289	270 042	+ 157 327	139,58
mit über 50 Be- schäftigten...	9 974	18 955	32 122	+ 22 148	222,06

Wenn wir uns jetzt die Ja- oder Abnahme in Prozent ansehen, wird das Resultat ein anderes, als es Dr. Engel gab. Die Schlussfolgerungen müssen direkt entgegengesetzt ausfallen bei richtiger Würdigung des Zahlenmaterials. Doch bevor wir die Fehler Dr. Engels besprechen, sei noch die Tabelle der in den obigen Betrieben Beschäftigten wieder- gegeben:

Betriebe	Beschäftigte			Ja- + oder Abnahme seit 1882	
	1882	1895	1907	absolut	prozent
Alleinbetriebe...	1 877 872	1 714 351	1 463 518	- 414 354	22,06
mit 2 bis 5 Be- schäftigten...	2 457 950	3 056 318	3 919 715	+ 1461 765	59,47
mit 6 bis 50 Be- schäftigten...	1 391 720	2 454 257	3 689 147	+ 1297 454	165,08
mit über 50 Be- schäftigten...	1 613 247	3 044 343	5 353 859	+ 3750 612	232,49

Deutschland hatte im Jahre 1880 eine Einwohnerzahl von rund 45 236 000, dagegen im Jahre 1910 eine solche von 64 926 000. Das ist eine Zunahme von 19 690 000, gleich 43,53 Prozent. Und trotz dieser Bevölkerungszunahme ist die Zahl der Alleinbetriebe um 22,06 Prozent zurückgegangen. Am stärksten vermehrt hat sich die Zahl der Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten, nämlich um 222,06 Prozent. Dann folgen die Betriebe mit 6—50 Beschäftigten, deren Zahl sich auch noch um 139,58 Prozent vermehrte, während die ausgesprochenen Kleinbetriebe mit 2—5 Beschäftigten nur eine Zunahme von 67,47 Prozent aufweisen, und, wie bereits bemerkt, von den Alleinbetrieben 22,06 Prozent verschwunden sind. Das heißt doch, den Kleinen geht der Atem aus, sie können nicht mit. Das ist die Entwicklungstendenz, wie Marx sie aufzeigt. Das weiß Dr. Engel natürlich auch, aber er sagt es seinen Schülern nicht. Was für die Zahl der Betriebe gesagt ist, gilt auch in bezug auf die Zahl der Beschäftigten. Die Prozentverhältnisse in der letzten Rubrik der beiden Tabellen passen sich an.

Aber noch eine Frage, Herr Dr. Engel! Wenn Sie bestreiten, dass die Kleinbetriebe verschwinden, wo sind dann heute die Handwerker, die Uhrmacher, die Schuhmacher usw.? Sie alle sind größtenteils nur noch auf Reparaturarbeiten angewiesen. Der Hauptbedarf an Stoffen, Schrauben, Uhren wird in der Industrie, in den Fabriken hergestellt. An Stelle der vielen Fabriken könnte doch bei der Zunahme der Bevölkerung und bei dem gestiegenen Bedarf derselben eine große Zahl Kleinunternehmer erscheinen, vielleicht auf dem be-

rühmten goldenen Boden des Handwerks, während sie heute als Proletarier in der Fabrik stehen. Selbst die Schuhreparaturen werden mehr und mehr in kapitalistisch betriebenen sog. mechanischen Reparaturwerkstätten hergestellt.

Was soll denn die Bemerkung des Herrn Dr. Engel, dass im Jahre 1907 die Mehrzahl der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben läuft war? Sind etwa die Mittelbetriebe Handwerksbetriebe? Nein, die Mittelbetriebe sind vorwiegend kapitalistische Unternehmungen. Hieran mögen die Schüler des Herrn Dr. Engel ermessen, wie und mit welchen schlechten Waffen Marxstötung besteht.

Marx und die von ihm aufgezeigten, heute offensichtlich vor uns liegenden Entwicklungstendenzen mit der Bemerkung abstimmen zu wollen, dass auch Leute mit kleinen und mittleren Vermögen sich an Aktien gesellschaften beteiligen können, ist ein Witz, der nicht in eine Deutsche Volkshochschule gehört. Mit solchen Witzchen kann man doch nicht seine Überlegenheit über Karl Marx beweisen. Auch die Bemerkung, dass die Zahl der Besitzlosen nicht gewachsen ist, beweist doch gar nichts gegen die Lehren Marx'. Ist etwa die Zahl der Besitzlosen nicht gewachsen? Deren Zunahme ist die Voraussetzung für eine Zunahme der Spekulanten, Wucherer und Unternehmer. Zudem, diese Behauptung Dr. Engels hat Marx nirgends bestritten. Die Tatsache und die Kernfrage der Marxschen ökonomischen Gesetze kann ein objektiv denkender Mensch nicht bestreiten! Werden die Produktionsmittel nicht mehr und mehr kapitalisiert? Gibt die Umbildung der Handwerkzeuge zur Maschine nicht weiter vor sich? Vollzieht sich nicht gerade jetzt ein weit ausgreifender Konzentrationsprozess auf allen Gebieten kapitalistischer Produktion? (Trust.) Hat diese Verkürzung nicht zugeleich als ganz selbstverständlich die finanzielle Konzentration zur Folge? Gerauen nicht fortgesetzte weitere Gesellschaftsschichten in absolute wirtschaftliche Abhängigkeit? Sicht Dr. Engel das alles nicht?

Dr. Engel?

Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes für den Großhandel, Herr Dr. Engel, Berlin W. 8, Moabitstr. 2, erfuhr uns, mitzuteilen, dass er an der „Deutschen Volkshochschule“ keine Vorlesungen gehalten hat und auch nicht hält, dass er erst aus dem „Proletarier“ erfahren habe, dass es eine solche Volkshochschule gibt.

Wir kommen diesem Erfuchen nach und versprechen außerdem auf die Sache nochmals zurückzukommen, wenn wir erwante Feststellungen eingeholt haben.

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Der ungekrönte König von Leisnach.

Ungefähr 1½ Bahnhäfen von Deggendorf entfernt befindet sich in der bayerischen Gegend des bayerischen Waldes die Leisnacher Papierfabrik A.-G. Der Betrieb hatte schon vor dem Kriege in den Kreisen der Papierarbeiterchaft eine traurige Berühmtheit erlangt infolge der niedrigen Löhne und der geistigen Sklaverei, in der die Arbeiterschaft dieses Betriebes durch Direktion, Gemeindebehörde und Geistlichkeit gehalten wurde.

Die Revolution brachte auch für diesen Betrieb das Organisations- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft. Im Lande der Arbeiterräte, der geheimen, heimlichen und undeutlichen Kommerzräte, konnte es nicht ausbleiben, dass die politische Reaktion auch recht bald auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Stimme erhob. Den besten Beweis dafür liefert die Leisnacher Papierfabrik, wo seit Jahren als ungekrönter König Direktor Mohrhagen herrschte. Das verstaubende Bestreben dieses Herrn ging seit Jahren dahin, nicht nur die Arbeiterschaft seines Betriebes, wirtschaftlich zu knechten, sondern auch die gesamte Bevölkerung Leisnachs politisch zu unterdrücken. Der Großvater der Gemeinde, wie ihn seine politischen Freunde gerne bezeichneten, war 8 Jahre lang Gemeinderat in Leisnach und verstand es ausgezeichnet, für seinen Betrieb eine Monopolstellung in der Elektrizitäts- und Wasserwerbung der Gemeinde Leisnach zu schaffen. Böse Sungen bewirkten, dass er sich für diese Tätigkeit den Titel Kommerzrat erworben hat. Um die Arbeiterschaft mit der Organisation in Kontakt zu bringen, wurden Präsenzbriefe ausgestellt, die bis zu 50 Prozent des Monatskommens beitrugen. Gleichzeitig wurden bei den Akkordarbeitern Verdienste erreicht, die 70 bis 100 Prozent über dem faktischen Stundenlohn lagen. Selbstverständlich gab es, infolge dieser Taktik auch manchen Arbeiter, der den Großvater kommerziell als einen sozial verständigen Menschen ansah und nicht leben wollte, dass der Herr Direktor gleichfalls mit diesen wirtschaftlichen Maßnahmen auch politische Ziele verfolgte. Das zeigte sich am besten bei der im Dezember 1924 erfolgten Gemeindewahl. Bei dieser Gemeindewahl standen sich zwei Parteien gegenüber. An der Spitze der einen Partei stand der Fabrikdirektor Mohrhagen und mit ihm als getreuer Streiter der Dorfsyndikat, der Politikpartei, der Bäckermeister und andere Gründer des Mittelstandes, unterstützt von einem Teil jener Arbeiter, die bekanntlich nie alle werden.

An der Spitze der anderen Partei stand der Gemeindefreiherr,

er Schwerarbeitsbeschädigter ist, von seinem Amt befreit werden sollte. Hinter diesem standen die auf ihre Arbeitsergebnisse noch etwas hoffnenden Arbeiter und die Kleinbauern. Um den Gemeindekärrtler wirtschaftlich und politisch munizip zu machen, war den Herrschäften aus der anderen Seite jedes Mittel recht. So wurde derselebe beauftragt, eine Unterschlagung begangen zu haben. Das ehemals königliche Bezirksamt redigierte auch seit acht Tage lang und konnte doch nichts finden. Während dieser Zeit soll das Telefon zwischen Bezirksamt und Fabrik kaum zur Ruhe gekommen sein. Alles vergebens, die Partei des Gemeindekärrtlers siegte und die Organisationspartei fand die Wahl mit Erfolg an.

Aufgrund der Reichspräsidentenwahl im April 1925 fand der zweite Wahlgang zur Gemeindekärrtlerwahl in Leisnach statt. Herr Kommerzienrat Mohrbogen war mittlerweile zum Bürgermeister ernannt worden. Um die Liste Mohrbogens auch der Arbeiterschaft schmackhafter zu machen, durften einige Arbeiter der Papierfabrik als Gemeindekärrtlermitglieder mitdiskutieren. Gleichzeitig zirkulierte in der Fabrik das Gericht: "Wer unseren Brüder nicht wählt, wird entlassen." Die Direktionspartei hatte bei Gemeindekärrtlerwahl sieg bereits in der Tasche. Am Abend der Wahl, nachdem das Resultat bekannt war, wurde in der Fabrikantine bereits mit der Siegesfeier begonnen. Mitten in der feuchtfröhlichen Siegesfeier kam die Nachricht, dass die Direktionspartei unterlegen sei. Darüber nicht nur Enttäuschung und Wut, sondern auch die bekannte Angriffslist der Stahlhämmer. Als Angriffsobjekt diente der gleichzeitig auf kurze Zeit in der Kantine siedende, von dem Ausgang der Gemeindekärrtlerwahl noch nichts ahnende, darüber auf der Liste des Gemeindekärrtlers stehende Spengler-Schmitzlechner. Gleich einer Meute stürzten sich die Getreuen des Direktors auf den Kollegen Schmitzlechner. Dorthin, wie: die Arbeiter würden schon fühlen, was jetzt kommt! Kurzarbeit und Entlassungen seien sicher, schwirrten durch die Luft. Schmitzlechner flüchtete, wollte er sich nicht noch eine Tracht Prügel wegholen.

Die offizielle Rache der Direktion blieb gleichfalls nicht aus. Zwei Tage nach der Wahl wurde Schmitzlechner bekmärgerechen, da die Papierfabrik keinen Spengler mehr brauchte, da die Arbeit zu teuer komme und dass die Firma sich entschlossen habe, die Spenglerarbeit von einem Leisnacher Spenglermeister ausführen zu lassen. Das sozialen Rückstechen sollte man Schmitzlechner zwar nicht sofort entlassen, aber er möge sich um andere Arbeit umsehen.

Uch Tage später wurde der Kollege Probst, der gleichfalls nicht zu den Liebhabern der Gemeindekärrtlerliste Mohrbogen gehörte, wegen jahrelanger Spendstiftung frustlos entlassen. Da Probst mit dieser Entlassung nicht einverstanden war, wurde ihm mit lästiger Kraft geäußert, Direktor Mohrbogen, der mittlerweile von der Unlösbarkeit der Anschuldigung gegen den Kollegen Probst überzeugt gewesen sein mag, legte Probst nahe, er möge jetzt kündigen, da die Direktion das Prestige zu wehren habe. In diesem Falle würde die Direktion für Probst eine andere Stelle als Schlosser besorgen. Probst, der jetzt wohl merkte, dass wegen seiner politischen Gesinnung und seiner wirtschaftlichen Zwischenhaft zum Fabrikarbeiterverband ein Radikal ausgeführt werden sollte, lehnte diesen Vorschlag ab. Die Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht ergaben, dass Probst grundsätzlich der Entlassung befreit wurde. Das Arbeitsgericht sprach deshalb aus, dass Probst wieder eingestellt werden müsse oder die Firma eine Entschädigung von 350 RM zu bezahlen habe. Der ungezogene König von Leisnach zog vor, die Entschädigung zu zahlen.

Damit war die Rache der Direktion wegen ihres Durchfalls bei der Gemeindekärrtlerwahl noch nicht geistig. Am 30. Mai 1925 begann die Firma mit der Einführung der Kurzzeit. Dabei wurde in einer rücksichtslosen Art und Weise verfahren. Die Lieblinge der Direktion durften durcharbeiten. Verbandsmitglieder und die kommunistischen Gegner der Direktion ließen zwar zur Arbeitsstelle kommen, soviel sie aber wieder nach Hause. Der Finanz der Organisationsleitung auf die gesetzlichen Bestimmungen wurde damit beantwortet, dass die Direktion diese Voraussetzung ablehne. Eine Verhandlung mit dem Geschäftsführer des Verbandes wurde abgelehnt.

Erfreulicherweise erreichte die Direktion durch ihr Verhalten das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollte. Die bis dahin zum Teil recht unzulänglichen Arbeiter wurden über das Verhalten der Direktion empört und begannen wieder das altherige Interesse für die Gewerkschaftsorganisation zu zeigen. Als alles nichts half, führte die Direktion Anfänger bei den Christen. Um die ehrenvolle Tätigkeit der Arbeitersplittierung erfolgreich beginnen zu können, benötigte die christliche Organisation die Zeit, als sich der Geschäftsführer der Zahlstelle an dem Verbandszuge in Leipzig beteiligt. Zwei Schreiber der christlichen Organisationen in Königsberg und Hammelburg waren erschienen, um dem verfrühten Fabrikarbeiterverband den Todestuch zu versetzen. Der Verkennungsfeind war beständig voll die beiden christlichen Gewerkschaftsschäfte fehler bereit den Erfolg ihrer Erste. Siegessieg rief der christliche Gewerkschaftsschäfer königlicher den ammeleenden Papierarbeiter zu. Wer auf den freien Gewerkschaften nicht mehr einverstanden ist und die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften erkennt, der kehrt ins Seel, die übrigen kehren mögen sich entfernen!

Der Erfolg dieser christlichen Agitationsschäfe war glänzend. Keine zwei Papierarbeiter konnten der Aufforderung der christlichen Gewerkschaftsorganisation Folge und blieben im Seel. Alle übrigen Kollegen und Kolleginnen zählten sich zur Klasse der Helden, verloren den Seel und gaben damit den beiden Arbeitersplitttern die treueste Antwort. Zum größten Unglück gehören die Schreiber der christlichen Organisationen in Hammelburg und Hammelburg, waren erschienen, um dem verfrühten Fabrikarbeiterverband den Todestuch zu versetzen. Der Verkennungsfeind war beständig voll die beiden christlichen Gewerkschaftsschäfte fehler bereit den Erfolg ihrer Erste. Siegessieg rief der christliche Gewerkschaftsschäfer königlicher den ammeleenden Papierarbeiter zu. Wer auf den freien Gewerkschaften nicht mehr einverstanden ist und die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften erkennt, der kehrt ins Seel, die übrigen kehren mögen sich entfernen!

Der Erfolg dieser christlichen Agitationsschäfe war glänzend. Keine zwei Papierarbeiter konnten der Aufforderung der christlichen Gewerkschaftsorganisation Folge und blieben im Seel. Alle übrigen Kollegen und Kolleginnen zählten sich zur Klasse der Helden, verloren den Seel und gaben damit den beiden Arbeitersplitttern die treueste Antwort. Zum größten Unglück gehören die Schreiber der christlichen Organisationen in Hammelburg und Hammelburg, waren erschienen, um dem verfrühten Fabrikarbeiterverband den Todestuch zu versetzen. Der Verkennungsfeind war beständig voll die beiden christlichen Gewerkschaftsschäfte fehler bereit den Erfolg ihrer Erste. Siegessieg rief der christliche Gewerkschaftsschäfer königlicher den ammeleenden Papierarbeiter zu. Wer auf den freien Gewerkschaften nicht mehr einverstanden ist und die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften erkennt, der kehrt ins Seel, die übrigen kehren mögen sich entfernen!

Im Jahr 1924 hatte die Deutsche Bank die Mehrheit der Aktien der Leisnacher Papierfabrik. Seit Januar 1925 bei der holzgerichteten Pfeiderer aus Heilbronn einen größeren Teil der Aktien an sich gerückt. In den letzten Gewerkschaftswahlen hatte Pfeiderer anstrengt das eigene Fleischabholen, bereits die Führung in der Hand. Die Tatsache, dass nun wieder Kunden keine Gewerkschaften mehr zu erhalten, der Kauf und der Verkauf der Fabrik im Jahre 1924 erfolgt die Firma von 14 bis 15 Werk verlangt und aus sonst verhältnismäßig großer Summe aufzubauen vermochte, hat die Direktionsleitung des verhinderten Königs von Leisnach zum Wunder gebracht. Der Erfolg dieser Fleischabholer war, dass es die Hälfte der früheren Fabrikarbeiter und Leiter der Holzabteilung der Leisnacher Papierfabrik, Herr Langner, erneut wurde. Nach 14 Tage lang waren Holzabteilung, Leiterarbeiter und dieser Holzabteilung in Leisnach, aus das Aufzähler und dessen Holzabteilung zu rekrutieren. Der Erfolg dieser Gewerkschaft ist ebenfalls gewiss der Arbeiters aus. Im Jahre 1922 waren in Leisnach noch weniger 100 Arbeiter beschäftigt. Im Jahr 1923 war die Zahl der Belegschaft bereits auf 470 gestiegen, im Jahr 1925 werden ebenfalls 20 Arbeiter eingestellt und seitdem besteht es die Gewerkschaft für Arbeiter. Gleichzeitig mit einem Wachstum des Betriebes um 13 Prozent verlor die Firma, die etwa 3000 Männer an die Fabrikarbeiter zu bringen und die jährlich zirka 70 bis 80 000 RM erzielten durch die Gewerkschaft abgetreten. Hat auch jetzt noch fast die Hälfte der Männer von Leisnach eine Stelle an der organisierten Fabrikantur ausfindig.

Seit Vorliebe werden die Gewerkschaften des Fabrikarbeiterverbandes entgegen. Man kann

dabei selbst vor der Entlastung schwer Unfallbeschädigter nicht zureich. Dafür aber obwohl die Direktion Leisnach mit einem Betrag von 30 bis 40 Tegwerk Land im Betriebe, obwohl dieselben recht gut in ihrer eigenen Landwirtschaft Beschäftigung und Profitinden können. Am 8. Januar mussten Obermaier wieder zwölf Kollegen entlassen, darunter die für unsere Verband stehenden Hilfsarbeiter. Am 18. Januar sind wiederum zehn Arbeiter darunter vier Funktionäre unseres Verbandes, zur Entlastung gelangt.

Auf diese Art und Weise sieht die Direktion nicht nur das Unternehmen zu sanieren, sondern versucht gleichzeitig, die Organisation der Arbeiter zu zerstören, um dann ihre Schadstoffwirtschaft leichter durchzuführen und der Arbeiterschaft weitere soziale Verschlechterungen bescheren zu können. Unter Umständen hofft man auch, durch diese Schikanen den alten schwachen kommunalpolitischen Gaul wenigstens bis zur nächsten Gemeindekärrtlerwahl wieder hoffnungsvoll zu machen.

Die Leisnacher Papierarbeiterfamilie wird dem ungehörten König von Leisnach den Geallierten nicht tun und sich zu seinen Gunsten zusammenschließen. Wie schon immer, so werden auch diese Maßregelungen das Gegenteil erreichen und dazu beitragen, dass das Söldnerzünglein und die Widerstandskräfte der Leisnacher Papierarbeiter noch mehr gefährdet wird. So sicher wie nach Regen Sonnenschein kommt, ebenso sicher kommt nach dieser Wirtschaftskrise auch wieder eine bessere Konjunktur. Dann wird die Direktion der Leisnacher Papierfabrik ihre Arbeiterschaft zum Starne wohl geschafft vorfinden, und die Papierarbeiter werden ihre Direktion lehren, dass man selbst während der stärksten Wirtschaftskrise die Rechte der Arbeiter nicht ungestraft mit Füßen treten darf.

Kurz vor Abstimmungsschluss ließ die Nachricht ein, dass dem leitenden Direktor Kommerzienrat Mohrbogen auf Grund eines Beschlusses des Wirtschaftsrats vom 29. Januar die Prokura entzogen worden ist und die Rundfunkausgabe ausgesetzt wurde, desgleichen seinem Schwager, dem Betriebsingenieur Daniel. Alle Härlichkeit der Welt nimmt ein Ende, sogar in Leisnach.

Industrie der Steine und Erde

Die Verschmelzung des Porzellan- und des Glasarbeiterverbandes mit dem Verbund der Fabrikarbeiter.

Nachdem der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands im September v. J. erneut die Notwendigkeit möglichster Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation den Zusammenschluss zu Industrieverbänden anerkannt hat, setzen sehr bald nach dem Kongress die Beratungen für den freiwilligen Zusammenschluss zwischen den in der Keramikindustrie beteiligten Verbänden ein.

Nach Überwindung einiger organisatorischer Schwierigkeiten, die in der Fachpresse bereits erörtert sind, einigen sich die Vertreter der interessierten Verbände der Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Glas- und Porzellanarbeiter auf der folgenden, vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Erklärung:

Die von Vertretern der Verbände der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Fabrikarbeiter und des Baugewerbsbundes beschlossene Besprechung am 15. Januar 1926 befasste sich unter Vorsitz von Vertretern des ADGB, erneut mit der Frage der Gründung eines Keramiker-Verbandes.

In dieser Sitzung wurde festgestellt:

1. Glas- und Porzellanarbeiter sind nach wie vor bereit, sich zu verschmelzen und unter Einbeziehung der entsprechenden Gruppen des Fabrikarbeiter-Verbandes im Rahmen des leichteren eine selbständige Fachgruppe "Keramiker" zu bilden.

2. Der Baugewerbsbund erklärt sich gegenüber diesen Bemühungen als neutral. Nach völligener Verschmelzung der obengenannten Verbände ist der Baugewerbsbund zu Besprechungen bereit, welche die Abtretung von Keramigruppen seines Verbandsbereichs den Erfolg ihrer Erste. Siegessieg rief der christliche Gewerkschaftsschäfer königlicher den ammeleenden Papierarbeiter zu. Wer auf den freien Gewerkschaften nicht mehr einverstanden ist und die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften erkennt, der kehrt ins Seel, die übrigen kehren mögen sich entfernen!

3. Glas- und Porzellanarbeiter-Verband sichern sich gegenseitig zu, dass ihre Fachpresse den Gedanken der Verschmelzung nach bestem Kräften fördert und alles unterlässt, was ihnen hinderlich oder beeinträchtigen könnte.

4. Für die im "Grundstein" erschienenen Artikel über die Verschmelzung tragen die Glasarbeiter weder eine Verantwortung, noch stehen sie mit ihnen irgendwie in Beziehung.

5. Die in der Presse gegen den Porzellanarbeiter-Verband erhobenen Vorwürfe, er verschleppe die Verschmelzungen, insbesondere aus persönlicher Vorliebe, sind nach jeder Richtung hin unbegründet. Es ist aus den bisherigen Verhandlungen vielmehr erwiesen, dass alle Beteiligten ernstlich bestrebt sind, die Verhandlungen so zu fördern, dass die Verschmelzung in möglichst naher Zeit erfolgt, wie sie auch entschlossen sind, in der neuen Vereinigung in Gemeinschaft mit dem Fabrikarbeiter-Verband alles zu tun, um die Interessen der ihnen unterstehenden Arbeitergesellschaften im wirtschaftlichen Weise wahrzunehmen.

Der Bundesvorstand des ADGB.

Ein paar handfeste Männer

Sieht die Ziegel-Industrie, die in der Lage sind, die widerstreitenden Interessen der Ziegelarbeiter unter einen Hut zu bringen und die einzelnen Bezirkverbände zu einem einheitlichen Verband zusammenzuschließen. Dabei wird verlangt, dass persönliche Interessen hinter den Kulissen sind, dafür aber große Rücksichtslosigkeit einzuhalten sei.

Der Leser wird erstaunt fragen, weshalb die Ziegel-Industrie solche Männer sucht und welche Aufgaben diese erfüllen sollen, was überhaupt in der Ziegel-Industrie vorgeht. Ganz so leicht wie die Frage gestellt, ist sie nicht zu beantworten. Versuchen wir aber, die Wünsche der Unternehmer kennenzulernen und zu würdigen.

In der Nachkriegszeit wird danach lebhafte Klage geführt, dass der Absatz an Ziegeln zu gering sei, um die Werke rentabel zu gestalten. Der Versuch, den mangelsiedenden Absatz durch höhere Preise aufzuwischen, wird leicht oft durchkreuzt von Aufsichtsbehörden, d. h. von unorganisierten Unternehmern, auch

selbst von "unverlässigen" Mitgliedern, die dabei nicht nur ihr eigenes Ich im Auge haben und durch logistische Überschüsse mit niedrigen Preisen auf die Preisbildung drücken. Eine weitere Klage ist, dass auch Staat und Regierung den Ziegelarbeiter das Leben schwer machen, indem durch die Kartellordnung die Preisbildung eingesenkt wurde.

Um hier nun Abhilfe zu schaffen, sucht man die "handfesten Männer". Dabei ist sich die Ziegel-Industrie bewusst, dass der Absatz damit nicht gehoben wird. Jedoch wird damit gerechnet, dass die "handfesten Männer" es fertig bringen, in der Ziegel-Industrie eine Syndikatswirtschaft zu errichten, so dass die Produktion von einer Stelle aus geleitet und verteilt wird und damit die Herstellung von Ziegelnsteinen dem jeweiligen Bedarf angepasst werden kann. Man kalkuliert: Ist keine Überproduktion da, so scheidet auch jede Konkurrenz aus, und die Preise können derart gesteckt werden, dass auch dem kleinsten Betrieb bei geringstem Absatz ein anständiger Verdienst gesichert bleibt. — Damit ist der Aufgabenkreis der "handfesten Männer" aber nicht erschöpft. Die Ziegel-Industrie verfolgt weitergehende Ziele und will ganze Arbeit machen. Mit der Verstärkung soll gleichzeitig erreicht werden, die Zieglerfamilie in das alte Höhlgkeitsverhältnis der Vorkriegszeit zu pressen. Der Lohn soll abgebaut und die Arbeitsschicht nach dem Erneben des Unternehmers beträchtlich vereinheitlicht werden. Auch verlangt die Ziegel-Industrie, dass endgültig gebrochen wird mit dem Tarifwesen. Ebenso sind die Schlafungsfesten schädlich und stellen einen Eingriff in die Freie Wirtschaft dar. Herr Dr. Frohn, Syndikus der rheinischen Ziegel-Industrie, spricht in der "Ziegelwelt" den Faden noch weiter und fragt recht "naiv":

Wenn selbstens der Regierung überall freier Wettbewerb verlangt wird, um zur Verbesserung zu gelangen, wenn Herr Dr. Koch in dem oben angeführten Programm freie und gesunde Erwerbs- und Wettbewerbswirtschaft fordert, weshalb dann nur bei Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, weshalb nicht auch für die Arbeiterschaft? Wenn schon freier Wettbewerb gefordert wird, dann soll man auch konsequent bleiben und ihn auch zu zulassen, wo er vielleicht am allernotwendigsten ist...

Die Einstellung dieses Syndikus ist für die gesamte Ziegel-Industrie bezeichnend. Jeder Weitblick fehlt. In der gegenwärtigen Wirtschaftslage glaubt man mit der Arbeiterschaft allein fertig zu werden und deshalb der Staat nach freiem Wettbewerb für — die Arbeiter. Anders sich aber die Wirtschaft und die Arbeiterschaft glaubt mit dem Unternehmer allein fertig zu werden, dann faselt man vom Bruch des Wirtschaftsfriedens und ruft den Staat und seine Organe zur Hilfe an. Wenn Herr Dr. Frohn sich diese Moral mit doppelsem Haken zu eigen machen will, so ist das seine Sache. Über den Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Vielleicht aber will Dr. Frohn sich als "handfester Mann" in Empfehlung bringen und seine Eignung dazu beweisen. Anders ist jedenfalls seine Schreibweise nicht zu bewerten, die in dem Sach gipfelt:

Die Arbeitgeberverbände müssen sich der grundsätzlichen Auffassung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie anschließen, dass nicht mehr Anwesenheitsprämien gezahlt werden.

Wer die Ziegelherstellung nur etwas kennt weiß, dass hier schwerste Arbeit zu verrichten ist. Nur tüllige, körperlich robuste Naturen können diese Arbeit bewältigen. Da der Produktionsgang genau eingeteilt ist, muss jeder einzelne seinen Mann stehen. Ein freiwilliges oder unfreiwilliges Versagen gibt es nicht, da sonst der ganze Betrieb stockt. Um aber das Leid aus dem einzelnen Mann heranzuholen, ist in der Ziegel-Industrie durchweg die Akkord-Arbeit eingeführt. Dabei wird der eine gegen den anderen ausgespielt und ist die Unfreiheit unter der Arbeiterschaft selbst verantw. groß, dass schwerste gefährliche Gedanken austauchen müssen. Schließlich doch selbst die "Ziegelwelt":

Die Zahl der Unfälle steigt und gibt damit ihrer Besorgnis Ausdruck. Erschreckend hohe Zahlen weist der Bericht der Unfallberufsgenossenschaft auf, und trotzdem ist festgestellt, dass in zahlreichen Ziegelarbeitsbetrieben noch nicht einmal Unfallverhütungsvorschriften aushängen. Wie es auf diesen Ziegelsteinen mit dem Unfallschutz selbst aussieht, kann man sich vorstellen, besonders, wenn man berücksichtigt, dass die Akkordarbeit auf Ziegelsteinen den Unfallschutz an sich gefährdet.

Trotz allem mag man zu behaupten, die Ziegler seien faul und arbeitscheue und erhalten ihren Lohn, ohne etwas zu tun. Wenn Herr Dr. Frohn mit dieser Behauptung seine Wettbewerbsfähigkeit beweisen will, dann ist ihm das gelungen. Doch ein Syndikus müsste etwas Kenntnis von seiner Industrie haben. Mangelnde Fachkenntnis lässt sich nicht durch Kraftmeierei ersehen. Ein "handfester Mann" aber, der mit solchem Objekt belastet ist, dürfte kaum Gnade finden vor seinen Herrn. Verartige Unternehmervertreter waren in der Vorkriegszeit bereits in Massen vorhanden und haben höchstens erreicht, dass sie ihren Stand diskreditieren. Wer ernsthaft mit der Ziegelindustrie Wirtschaftsfragen diskutieren will, der muss schon etwas Ahnung haben von dieser Industrie und vor allem nicht mit solchen alten Ladenhütern operieren, wie Dr. Frohn.

Dankbar antworten wollen wir, dass Herr Dr. Frohn sich Mühe gibt, die Arbeiterschaft darüber aufzuklären, was die Ziegel-Industrie vorhat. Wir sind auch überzeugt, die Ziegler werden daraus die nötige Lehre ziehen. Nachdem die Unternehmerschaft gezeigt, wie froh aller Gegenbevölkerung die jeweilige Wirtschaftslage angesehen wird soll, dürfte die Frage der Konjunkturpolitik auch bei den Ziegeln erhöhte Bedeutung gewinnen. Wenn schlechte Zeiten dann benutzt werden sollen, die Lebenslage der Ziegler zu verschlechtern, dann ist nichts natürlicher, als dass die Ziegler die grauen Zeiten so anzusehen, dass die schlechten Zeiten vorweg erzählt werden. Ob solcher Zustand dem Allgemeininteresse dienstbar ist, das ist eine andere Frage, deren Lösung vom Verhalten der Unternehmer abhängt. Soviel ist sicher, die

Zieglerschaft hat es sich, als Parias zu gelten und wird alle Kräfte anstrengen, um sich ihre Lebenslage nicht noch mehr verkümmern zu lassen. Die Unternehmerschaft soll dabei nicht unterschätzt werden, auch der Ziegler muss sich eine ebenbürtige Organisation schaffen. Noch stehen viele fern, worauf das Unternehmertum spekuliert. Machen wir diese Spekulation zuschanden, indem jeder organisierte Kollege alle Kräfte anstrengt, um die noch arbeitslosen Ziegler zu gewinnen. Gelingt es, die Ziegler restlos im Verband der Fabrikarbeiter zu organisieren, dann dürfen die Herren Ziegeleibesitzer sich bald in ihrer Sprache mächtigen und auch handfeste Männer beschreiben werden.

M. C.

Nahrungsmittel-Industrie

Lohnabbau in der Zucker-Industrie.

In der Zucker-Industrie des Bezirks Hannover-Braunschweig bestehen seit Anfang dieses Jahres Lohndifferenzen. Die Arbeitgeber haben beantragt, den Stundenlohn der I. Ortslohnlage von 61 auf 50 Pf., den der II. Ortslohnlage von 59 auf 48 Pf., den der III. Ortslohnlage von 57 auf 46 Pfennig herabzusetzen. Mit dem beantragten Abbau der Stundenlöhne konnten sich die Arbeiter der Zucker-Industrie nicht einverstanden erklären. Es wurden die tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen. Eine Einigung war nicht möglich. Bevor jedoch die tariflichen Instanzen in Tätigkeit traten, wurde seitens der Arbeitgeber in rücksichtloser Weise der Lohnabbau zur Durchführung gebracht, indem in allen Betrieben folgende Bekanntmachungen ausgehängt wurden:

Bekanntmachung:

Unter dem 3. wochender Kampagne sind wie zu Löhnen gekommen, die weder den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, noch denen der Zucker-Industrie entsprechen. Wir sehen uns daher gezwungen — vorbehaltlich einer etwa abweichenden tariflichen Regelung — vom 17. Januar 1926 an die Löhne herabzulegen. Wir sind bereit — vorbehaltlich einer etwa abweichenden tariflichen Regelung — vom 17. Januar an die Löhne zu

abnehmen, die vor der Kampagne galten, d. h. für Arbeiter über 20 Jahre 48 Pf. für die Stunde Arbeitnehmer über 20 Jahre 27 Pf. für die Stunde Handarbeiter erhalten eine Zulage von 17% Prozent zu den Löhnen der Arbeiter ihres Jahrestages.

Haushaltungsarbeiter erhalten eine Wirtschaftszulage von 1 Pf. für die Stunde.

Wir nehmen an, dass diejenigen Arbeiter, die ihre Papiere bis zum 15. Januar 1926 nicht abgeholt haben, bereit sind, zu den abigen Löhnen weiter zu arbeiten.

den 30. Dezember 1925.

Unterschrift:

In einer Anzahl von Fabriken wurden derartige Bekanntmachungen bereits am 24. Dezember 1925 angebracht. Diese Bekanntmachungen sind auf Betreiben des Arbeitgeberverbandes für die zulieferverarbeitende Zucker-Industrie in Hannover zum Ausgang gebracht worden. Wir haben das deshalb hervor, weil sich der Arbeitgeberverband nicht schent, die Behauptung aufzustellen, die Gewerkschaft trage die Schuld für die Streiks, die im vergangenen Herbst in unserem Bezirk stattgefunden haben. Er verschweigt aber, dass seitens des Arbeitgeberverbandes zum Streik direkt aufgemuntert worden ist. Wir erinnern nur daran, dass ein maßgebender Herr des Arbeitgeberverbandes uns höchstlich die Frage gestellt hat: „Wieviel Duhend Zuckerarbeiter haben Sie denn hinter sich?“, und dass es gerade dieser Herr gewesen ist, der einzigen Direktoren der Zuckersfabriken den Rat gegeben hat, es wird kein Pfennig Lohnherabsetzung gegeben.

Mit den Vorbereitungen zum Lohnabbau hatten es die Arbeitgeber ziemlich eilig. Bevor irgend eine tarifliche Instanz angerufen war oder gesagt hatte, sind die Arbeiter der Zuckersfabriken aufgefordert worden, sich bereits zu erklären, für einen geringeren Lohn Arbeit anzunehmen oder aufzuhören. Dieses Vorgehen können die Arbeitgeber mit den tariflichen Bestimmungen nicht in Einklang bringen. Unter dem Druck der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der Nachkampagne haben die Arbeitgeber den Lohn abgebaut. Die Anerkennung der tariflichen Schlichtungsinstanzen seitens der Arbeitgeber war eine reine Forderung. Da die tariflichen Instanzen gesprochen hatten, war bereits der Lohn einseitig durch die obenstehende Bekanntmachung diktiert.

Selbstens der Arbeitnehmer wurde der Schlichtungsausschuss Hannover angerufen, um zu einer Regelung der Lohnfrage zu kommen, da man es für vollständig unmöglich hielt, dass irgendein Schlichtungsausschuss den Wünschen der Arbeitgeber vollständig Rechnung tragen würde. Aber die Rechnung war falsch. Man hatte nicht daran gedacht, dass der Vorsteher des Hannoverschen Schlichtungsausschusses, Herr Justizrat Wegener, seine Index-Elle, die er bisher in der Zucker-Industrie bei uns immer anwandte, vergessen hatte. Der Schlichtungsausschuss Hannover fasste folgenden Spruch:

Die Sache der Arbeiter werden in der Spalte auf 50, 48 und 46 Pfennig und für Arbeiterinnen auf 28, 27 und 26 Pfennig in der Spalte festgesetzt.

Wie der Schlichtungsausschuss zu einem solchen Spruch kommen konnte, ist vollständig unverständlich. Es ist allgemein bekannt, dass eine wesentliche Verbilligung der Lebensmittel nicht eingetreten ist. Bei der Festsetzung des letzten Lohnes für die Zucker-Industrie im September v. J. stand die Reichsindexziffer auf 144,9. Am 16. Januar v. J. als der Schlichtungsausschuss Hannover über den Lohn zu entscheiden hatte, auf 141,2. Die Lebensmittelpreise waren nur um 2,2 Prozent zurückgegangen. Diese geringfügige Preisabsenkung gab dem Vorsteher des Schlichtungsausschusses Anlass, die Löhne zu senken. Der Lohnabbau beträgt pro Woche für den einzelnen 5,23 Mark. Man muss ja der Auffassung kommen, dass dem Vorsteher des Schlichtungsausschusses Hannover jedes Verständnis für die Regelung der Lohnfrage fehlt, denn er scheint nicht zu wissen, was 5,23 Mark pro Woche im Haushalt des Arbeiters ausmachen. Er hat den Wünschen der Arbeitgeber voll und ganz Rechnung getragen. Der Einfluss der Sophienstraße scheint also ein ziemlich starker

zu sein, welcher auf den Vorsteher des Schlichtungsausschusses ausgeübt wird.

Hier das Gegenstück zum oben besprochenen Schiedsspruch: Im Januar v. J. beantragten die Arbeiter der Zucker-Industrie eine Lohnherabsetzung. In den tariflichen Schlichtungsinstanzen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es wurde dann seitens der Arbeitgeber, da sie einen Lohnabbau beantragt hatten, der Schlichtungsausschuss Hannover angerufen. Unter dem Vorsteher des Herrn Justizrat Wegener wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

Der Lohntarif vom 16. November bleibt bestehen; gültig bis 1. April 1925. In diesem Termint mit 14-tägiger Frist kündbar.

Die Arbeitnehmer hatten eine Lohnherabsetzung von 15 Prozent beantragt. In der Begründung wurde seitens des Herrn Vorsteher gesagt: Seit der letzten Regelung der Löhne sind die Lebensmittelpreise nur um 1% Prozent gestiegen. Diese geringfügige Steigerung der Lebensmittelpreise rechtfertigt keine Erhöhung der Löhne. Der Herr Vorsteher hätte nämlich zu dieser Verhandlung seine sogenannte Index-Elle nicht vergessen. Warum er in diesem Jahre nicht mit gleicher Logik schlussfolgerte, die Löhne bleiben bestehen, die Senkung der Lebensmittelpreise ist so geringfügig, dass eine Lohnherabsetzung nicht gerechtfertigt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir haben eine schriftliche Begründung des diesjährigen Schiedsspruches verlangt, aber bis zum heutigen Tage keine erhalten. Der vom Schlichtungsausschuss Hannover gefällte Schiedsspruch ist seitens der Arbeitnehmer einstellig abgelehnt worden. Die Kollegenschaft der Zucker-Industrie verdient in der I. Ortslohnlage gegenwärtig 80 Prozent weniger als der Arbeiter derselben Ortslohnlage der chemischen Industrie, 22 Prozent weniger als der Arbeiter der Papier-Industrie und 32 Prozent weniger als der Arbeiter der Siegel-Industrie. Wir wollen damit nicht sagen, dass die Löhne in den eben genannten Industriegruppen ausreichend sind, sondern damit nur zeigen, wie schlecht die Arbeiter der Zucker-Industrie bezahlt werden. Die Arbeiterschaft der Zucker-Industrie unseres Bezirkes wird zur gegebenen Zeit verfügen, ihre berechtigten Wünsche in der Frage der Löhne sowie der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Sie wird nicht vergessen, dass die Arbeitgeber während der Wirtschaftskrise ihre Arbeiter so behandelt haben, wie man das billigerweise von einem sozialdenkenden Arbeitgeber nicht erwarten kann. Eine Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisation in der Zucker-Industrie wird den Arbeitgebern nicht gelingen, und sie werden sich mit dem Gedanken abfinden müssen, dass die Zuckerarbeiter keine landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern Industrie-Arbeiter sind.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Bezahlter Jahresurlaub in — Brasilien.

Das Abgeordnetenhaus hat soeben einen Gesetzentwurf angenommen über die Gewährung von bezahlten Ferien an Handels- und Bankangestellten sowie den Arbeitern in gewerblichen Betrieben. Durch einen Zusatzartikel werden die Bestimmungen auch auf die Angestellten aller Betriebstypen ausgedehnt.

Nach dem Wortlaut dieses Entwurfs soll in Rio de Janeiro und in den brasilianischen Staaten den Handels- und Bankangestellten sowie den Arbeitern in gewerblichen Betrieben ein jährlicher Urlaub von 14 Tagen bewilligt werden, ohne dass aus diesem Anlass die vereinbarten Löhne, Gratifikationen usw. gekürzt werden dürfen. Zwiderhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Geldstrafen belegt.

Erwerbslosenunterstützung für Saisonarbeiter.

Der preußische Wohlfahrtsminister gibt bekannt:

Erlaß vom 19. Januar 1926. III. B. 110 26.

Mein Erlaß vom 2. November 1925 — III. B. 3499 — hat in seiner Auswirkung Folgendes gezeigt, die nicht meiner Aussicht entsprechen. Ich habe lediglich auf Anfragen die Richtslage, die sich nach den von dem Herrn Reichsarbeitsminister festgelegten Grundsätzen ergibt, klarlegen wollen.

Für die praktische Durchführung dieser Grundsätze habe ich bereits am 22. Januar 1925 — III. B. 94 — Gesichtspunkte aufgestellt und einige, damals in Bezug kommenden Regierungspräsidenten mitgeteilt, die ich jetzt zur allgemeinen Nachachtung bei der Behandlung von Anfragen von Saisonarbeitern wiederhole:

Eine Reihe von Beschwerden über die Handhabung der Unterstützung erwerbsloser Saisonarbeiter, insbesondere des Sächsischen, gibt mir Anlass, auf folgendes hinzuweisen:

Nach den von dem Herrn Reichsarbeitsminister festgelegten Grundsätzen ist bei Bearbeitung der Frage, ob Saisonarbeiter Erwerbslosenunterstützung erhalten können, davon auszugehen, dass eine Einstellung der Arbeit, die durch die Witterungsverhältnisse hervorgerufen wird, nicht als Kriegsfolge anzusehen ist. Erwerbslosenunterstützung darf aber dann gewährt werden, wenn der arbeitslose Saisonarbeiter unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen anderweitige Erwerbsarbeit angenommen hätte, eine solche aber bei der besonderen Lage des Arbeitsmarktes, wie sie sich aus den wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Kriege ergeben hat, zur Zeit nicht finden kann. Das kann im Einzelfall dargelegt werden, kann aber auch angesichts der Gesamtlage des Arbeitsmarktes für eine ganze Kategorie von Arbeitern unterstellt werden. Selbstverständlich müssen auch die übrigen Voraussetzungen für die Unterstützung vorliegen.

Was dabei die Frage der Bedürftigkeit angeht, so stelle ich eine weithinige Prüfung anheim. Es muss zwar an dem Grundsatz festgehalten werden, dass der Saisonarbeiter einen höheren Lohn eben deshalb erhält, weil seine Hauptarbeitszeit zeitlich beschränkt ist. Es kann aber in diesem Jahre nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, dass der Arbeiter 1924 im Durchschnitt deutlich abgebrannt an Kleidern, Schuhwerk usw. für sich und seine Familie war, dass er zunächst hierfür notdürftigen Erfolg zeigen musst, bevor er an Ersparnisträgern denken konnte. Bei dem Vorhandensein kleinen ländlichen Besitzes wird auch auf die geringe Ertragshöchstigkeit eines armen, doch dazu meist wahrhaftig nicht sehr intensiv bewirtschafteten Besitzes gebührend Rücksicht zu nehmen sein.

Besondere Beschwerden sind mir über die Behandlung der Anträge von Saisonarbeitern auf Erwerbslosenunterstützung zu gegangen.

Wenn ich auch mit dem Herrn Reichsarbeitsminister davon festhalten muss, die Saisonarbeiter als Saisonarbeiter anzusehen, so ist zwecklos, als feststellend anzusehen, dass die Saisonarbeiter in diesem Jahre unter den besonders ungünstigen Verhältnissen ihres Berufes leiden und daher in weitem Umfang erwerbslos sein würden, auch wenn zur Zeit nicht infolge des Winters die Saisonarbeit eingestellt wäre. Infolge der hereinbrechenden Wirtschaftskrise hat die Industrie in einzelnen Gegenden vielfach überhaupt

alle Kosten stillgelegt. Banken öffentlicher Körperverstaaten kommen wegen der Finanznot zur Seite nicht in Frage. Die ungewöhnliche Schwäche auf dem Kreditmarkt hemmt die private Kaufkraft. Die aus der Haushaltsteuer zur Verfügung stehenden Mittel sind in einem erheblichen Teil erschöpft. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt macht nach den Bavartern die Aufnahme von Erzäharbeit fast ausnahmsweise zur Unmöglichkeit. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftssituation wird daher im allgemeinen von der Kaufkraft ausgegangen werden können, dass angesichts der augenblicklichen Schwäche auf dem Arbeitsmarkt Kaufarbeiter eine anderweitige Beschäftigung nicht finden und daher Erwerbslosenunterstützung erhalten können, sofern die übrigen Voraussetzungen zu deren Bezug gegeben sind.

Überdachte für die nachgeordneten Behörden und Arbeitsgewerbe sind begegnet. Für sofortige Weitergabe des Erlaßes ist Sorge zu tragen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Einheitsfront-Schwindel.

In den Gewerkschaften ist die Einheitsfront vorhanden: oder ganz klar ausgedrückt, sie wäre vorhanden, wenn nicht die KPD-Führer, die bekanntlich ihr Gehirn aus Moskau beziehen, immer wieder die Zwietracht hineinwürfen. Die Zellenbaumeister wird trotz Einheitsfrontgeschrei weiter getrieben und gefordert, die kommunistischen Gewerkschaftsgruppen halten ihre Sonderberatungen ab, fabrizieren Anträge im Auftrag und im Interesse der KPD, und nebenher schreien sie fortgesetzt: „Einheitsfront!“ Das ist eine Heuchelei, die bei jedem anständigen Gewerkschaftler Ekel erweckt. Dazu beschimpft die kommunistische Presse die Gewerkschaftsführer in der gemeinsten Weise. Dass es noch Leute gibt, die den Einheitsfrontschwindel als ehrlich gerinnnehmen, beweisen einige Aufschriften aus der leichten Zeit an die Redaktion des „Proletariers“. Leider bringen diese schimpfenden Leute — ob sie Mitglied sind, weiß man nicht — selbst den Mut auf, ihren Namen unter ihre oder von anderen diskreten Erzeugnisse zu schreiben. Sie bilden sich ein, mit ihren Drohungen die Redaktion einschüchtern zu können.

Dieser Einheitsfrontschwindel, der natürlich unter der glorreichen Führung von KPD-Leuten sich verwirklichen soll, wird in Verbindung mit der Frage der „Fürstenentfeindung“ erneut mit besonderer Härte betrieben. Wir betonen deshalb: Wir haben mit der KPD keine Einheitsfront. In der Fürstenabschaffungsfrage ist lediglich unter Auseinandersetzung des ADGB-Vorstandes ein gemeinsamer Antrag für den Volksentscheid von der SPD. und der KPD eingereicht. Darüber hinaus ist jede der beiden Parteien Herr ihrer Handlungen, d. h. sie führen ihre Agitation selbstständig. Was die KPD aber mit ihrem Einheitsfrontgeschrei will, das hat der Zentral-Parteisekretär Pieck auf einer Mitte Januar 1926 tagenden Parteikonferenz für Niedersachsen offiziell gesagt. Er führte unter anderem aus:

Was soll erreicht werden? ... den Gegensatz zwischen Führern und Mitgliedern in der Sozialdemokratie zu verstetigen und die Mitglieder zu unterstützen zu überzeugen.

Diese Ausführungen hat Pieck gemacht unter Hinweis auf Sachsen und Thüringen. Aber, da man an die Mitglieder der Sozialdemokratie nicht leicht herankommt, soll die Einheitsfrontrolle in den Gewerkschaften dieses Ziel erreichen helfen.

Zugleich sagt Pieck außerdem, dass die KPD in den Gewerkschaften gar nicht Gewerkschaftarbeit leisten will, indem er ausführte:

Wir setzen unsere Hoffnung auch nicht auf die Gewerkschaftsführer, sondern auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Hätten wir diese Hoffnung nicht, dann hätten wir auch kein Vertrauen, dass wir die arbeitenden Massen zur Revolution bringen.

Das ist der Zweck des Einheitsfrontschwindels: Putsch, Revolution. Diese naiven Leute bilden sich immer noch ein, Revolutionen ließen sich machen, und dabei nennen sie sich Marxisten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Am 24. Januar 1926 fand die Generalversammlung der Zahlstelle Breslau statt. Aus dem Geschäftsbericht des Koll. Medlin war zu entnehmen, dass im vergangenen Jahre die Organisation einen dauernden Aufstieg zu verzeichnen hatte. Die Organisationsentwicklung hielt einigermaßen Schritt mit der steigenden Zentrale, allerdings nur infolge zäher Arbeit am Verhandlungstisch und starker Inanspruchnahme der Schiedsinstanzen. Die in den letzten Monaten des Jahres sich rapid verschlechternde Arbeitsmarktlage blieb nicht ohne Einfluss auf die Organisation. Die Zahl der arbeitslos gewordenen Mitglieder nahm sehr schnell zu, und die Fälle, in denen die Verbandsmitglieder eingezogen wurden, um den Mitgliedern den Bezug von Erwerbslosenunterstützung zu sichern, mehrten sich. Die Praxis der Verwaltungsausschüsse bei den Freizeitkassen wurde einer eingehenden Kritik unterzogen. Mit dem Hinweis, dass nur durch rege Mitarbeit weitere Fortschritte zu erzielen sind, schloss Koll. Medlin seine Ausführungen. Als nächster Redner eröffnete Koll. Sobolinski den Kassemtert. Die Hauptkasse bilanzierte mit 81 433 Mk. 33 Pf. die Lokalkasse mit 36 951 Mk. 29 Pf. Die Unterstufen wurde aus Haupt- und Lokalkasse der Zeit von 29 232 Mk. 40 Pf. ausgezählt. Im letzten Quartal 1925 betrug der Durchschnittsbeitrag 51 Mk. 27 Pf. Geleistet wurden im Jahresdurchschnitt 49,88 Beiträge pro Mitglied. Die Mitgliederzahl ist um 740 gestiegen. Der Redner bemerkte, dass die Beitragsleistung und auch der Durchschnittsbeitrag noch besser werden müssen und appellierte in diesem Sinne an die Versammlungsteilnehmer. — Alle Diskussionssredner waren sich darin einig, dass alles getan werden muss, um die weitere Entwicklung der Organisation zu gewährleisten. Zur Erwerbslosenfrage und zur Fürsorgeabfindung wurden die beiden folgenden Entschließungen einstimmig angenommen:

1. Die am 24. Januar 1926 tagende Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Breslau, fordert die Beschaffung der Errichtung und Einrichtung einer Erwerbslosenversicherung nach den Vorschriften des ADGB. — Die Praxis der Verwaltungsausschüsse setzt den Vermittlern, dass die Arbeiterschaft wohl die Mutter durch Beitragsleistung aufzutragen hat, dass jedoch anderseits der Anspruch auf Fürsorge im Falle der Not durch schikante Auslegung der Bedürftigkeitsklausel zu lösen ist.

2. Die Jahrerversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Breslau, begrüßt den gemeinsamen Antrag zur Frage der Fürsorgeabfindung. Sie begrüßt die

eingebrochenen Belebenwurf, der die Enteignung der Fürstenbeisitzer vorstellt und gelobt im Volksentscheid alle Kräfte einzulösen, damit der Entwurf Gesetz wird.

Dem Kaiser Koll. Zlobinski wird auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt. In die Ortsverwaltung wurden die Kollegen Schmauch, Hecker, Trautmann, Steller, Hermstein und Röder wiedergewählt, die Kollegen Vakoch, Henschel und Weidner wurden neu gewählt. Nachmittags fand eine gut besuchte Funktionärskonferenz statt, die wichtige Beratung betreffend geschäftlicher und verwaltungsmäßiger Dinge pflegte. In dieser Konferenz kam der einmütige Wille der Funktionäre zum Ausdruck, nach dem vom Kollegen Medlin gezeichneten Richtlinien in der nächsten Zeit mit neuer Kraft zu arbeiten, um die finanzielle Schlagkraft der Organisation zu stärken und die Mitgliederzahl zu steuern.

Lügendorf. So sehe sie aus! Am 23. Januar 1926 hielt der Bezirk Lügendorf von der Zahlstelle Iphoe seine Generalversammlung ab. Die Urteile zu dem Aufmarsch der kommunistischen Kampfgruppen soll hier kurz behandelt werden. Schön nach Eröffnung des Jahresberichtes und der Verlesung der Abrechnung durch den Kollegen Breitwiesner führte eine Debatte ein, die nicht im geringsten mit den genannten Punkten zusammenhangt. Sie ging über die Stellungnahme des ADGB zur Fürstenabfindung und den Auslandsdelegationen bis in die Unendlichkeit hinaus und brachte so recht den Beweis, daß der Versammlungsleiter, der Kollege Wolter, wohl recht radikal sein kann, aber von der Leitung einer Versammlung nicht die leiseste Ahnung hat, denn sonst hätte er wohl eine beratige Debatte schon im Keime erstickt. Als dann im nächsten Punkt der Bericht von den Sitzungen des Ortsausschusses des ADGB gegeben wurde, kam die Erklärung für den kommunistischen Aufmarsch, nämlich der Vorsitzende des Ortsausschusses, der Kollege Pichocke, welcher als Beitragskassierer von unserer Zahlstelle angestellt ist, sollte nach allen Regeln der Kunst abgesetzt werden, weil er, wie die berufenen Vertreter der Richtung "Moskau" sich so schön ausdrückten, in den Führungen der oberen Gewerkschaftsführer wandelte. Also, wenn ein Funktionär seine Pflicht nach statutarischem Recht verfehlt, gehört er nicht auf seinen Posten, sondern muß durch einen Kollegen ersetzt werden, der die Gewalt bietet, daß er das tut, was ihm seine Vorfahrt vorschreibt. Was bei dem einen als großer Fehler angesehen wird, ist bei dem anderen nichts. Vielleicht ja Tener, das ist auch etwas anderes. Des weiteren wurde dem Kollegen Pichocke ein Vorwurf daraus gemacht, daß er einen Antrag der Erwerbslosen an den Ortsausschuß nicht berücksichtigt hat. Dieser Antrag war auf den Namen des Vorsitzenden des Erwerbslosenrates von einem anderen Kollegen mit dessen Namen geschrieben (also ein unechtes Schriftstück). D. B. Wenn solche Kollegen nicht den Mut aufbringen, ihren eigenen Namen unter einen solchen Antrag zu setzen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ein solcher Wind dahin geht, wohin er geführt, in den Papierkorb. In allen diesen Sachen sind die kommunistischen Jünglinge sehr genau, jedoch wenn es ans Beitragszahlen geht, dann können sie auch anders sein, dann kommt es nicht so genau darauf an. Beim Punkt "Kaufabfall" sollte dann entgegen allem Recht, dem Kollegen Pichocke die Abfuhr präsentiert werden. Es sollte an seiner Stelle ein Kollege aus dem Betriebe gewählt werden, und ihn wollte man in das Arbeitsblatt eintreten. Es ist komisch, nicht wahr? Sobald es sich um die eigene werte Persönlichkeit handelt, schimpfen sie in allen Tonarten auf die kapitalistische Gewerbeordnung; wird aber, wie in vorstehendem Fall, der Arbeiter zum Arbeitgeber, so zährt er sich noch viel brutaler. Ein Mann, wie der Kollege Pichocke, der schon in der Vorkriegszeit in jeder Beziehung sei es auf politischem, sei es auf gewerkschaftlichem Gebiet, seine Karriere gestanden hat, zu einer Zeit, als es noch galt Männer zu erziehen, um einem Verbande anzugehören, und schon der, sogenannter einer Tätigkeit wochenlang auf der Straße lag und keine Arbeit bekommen konnte, ist den Herrschäften schambar zu gefährlich und kann Lügen nicht zugänglich. Wie sehen wir diese Strategen mit der großen Klappe bei Lügendorf aus? Der Anführer dieses ganzen Antrages, der an Gemeinheit seinesgleichen acht, ist der Oberkommandant Schweizer, und die ganze abrige Partei folgt ihm blindlings. Schweizer hat es verstanden, sein Haupt mit dem Glorienschein des Gottesgradentums von ehemals zu umgeben. Aber ungeachtet dessen hat er noch vor Jahren in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender seinen Arbeitskollegen nach eckig kapitalistischer Muster in aller Seelenruhe das Fell über die Ohren gezogen. Er hatte sich eine Fabrikdirektion einer Margarinefabrik angelegt und trieb nun einen überaus blutigen Handel mit Margarine. Au und für sich wäre dagegen wohl nichts einzumenden, aber er verkannte mit doppelsem Druck, und das ist die Moral von der Geschichte. Einmal ließ er nur vor jedem häufig auf jedes Pfund seines Verdienstes geben, und zu guter Letzt, als er, in die Enge gefrieben, nicht mehr anders konnte, gestand er: „Ja, ich bekomme davon und wann eine Extrazahlung von einigen 1000 Mark von der Margarinefabrik.“ Dieses hat er wahrscheinlich seinem Kasten verschwiegen. Selbst noch die Sorte von Kollegen einmal näher an, Kollegen, und gab ihnen der schändlichen Zustift bei der ersten nach keilenden Gelegenheit. Diese Kollegen waren über, die freu zum Fabrikarbeiterverband hörten und nur durch das kommunistische Gewerbe aus dem Verfolgungen hinausgezerrt sind, müssen es sich zur Lehre dienen lassen, daß, wenn wir alle auf dem Posten sind, die kommunistischen Schädler an unserer Ewigkeit abprallen. Solche Leute, die das von den Beauftragten der Mitglieder gefasste Gegeck gemacht haben, nicht ahnen und mit Füßen treten, sind nicht unsere Kollegen, sondern unsere Feinde.

Fr. Pauschius.

Zusammen. Unsere Zahlstelle hielt im Gewerkschaftshaus ihre größte ordentliche Jahreshaupt-Berichterstattung ab. Die Seite des Geschäftsjahres verlorenen 45 Mitglieder wurden den der Versammlung in ähnlicher Weise geehrt. Kollege Lang erläuterte den Geschäftsbuch mit dem Hinweis, daß das Jahr 1925 durch gute Belebung in allen Industrien verhältnismäßig begünstigt habe, jedoch gegenwärtig endete. Abgangs Januar 1925 verzeichnete die ausländische Kapital 8 Prozent Arbeitslosen gegen 30 Prozent im Vorjahr. Von diesen 30 Prozenten sind die Arbeitslosenrate bis auf 3 Prozent. Diese günstige wirtschaftliche Entwicklung brachte durch intensive Werbedeutsch einen erheblichen Zusatz an Mitgliedern. Leider hat in einigen der nachstehenden Industrien schon in der zweiten Hälfte des Jahres ein Rückgang ein, wogegen die Chemie unverändert, die Textindustrie gut beschäftigt war. Auch Berichten ist die Chemie mit ihren Auslandsgeschäften erfreut der Ungewißheit der endgültigen Gestaltung der Handelsabkommen. In der Papier- und Zellstoffindustrie haben die Importe zurückgefahren. „Zudem die Arbeiter bis Ende Oktober vor, seit dieser Zeit nur Kurzarbeit beobachtet. Bis zu dieser Zeit waren wir auch in der Lage, Leistungsfähiger in allen Industrien — mit Ausnahme der Metallindustrie — und der Landwirtschaft — teils durch freie Betriebsführungen und teils durch Auslandsgeschäfte der Textilindustrie und der belgischen Schuhfachwerkschäfte zu erreichen. Schuhfachwerke waren sowohlzeitig bei der Metallindustrie wie in der Landwirtschaft, die der Arbeiterschaft Industrie aus der Arbeitgeber einen Leibzettel von 3 und 6 Pf. pro Stunde verlangten, ohne Leistungszwang durch einen Schiedsgerichtsentscheid befreit werden mußte. Leistungsfähiger wurden in der Folge des Jahres erreicht von 11 bis 27 Pf. pro Stunde für männliche und 7 bis 19 Pf. für weibliche Mitglieder, und die Stundenarbeitszeit betragen bis zum Abschluß des Jahres von 62 bis 67 Pf. für männliche und 53 bis 57 Pf. für weibliche Mitglieder. Fortsetzung. Steigerungen auf Arbeitgeberseite und Arbeitgeberverhandlungen. Fortsetzung beim Schuhfachwerkschäfte beim Landwirtschaftsamt und beim Arbeitgericht standen sich seit Ja schen die Arbeitgeber auf entschiedenem Füßen wegen Entschädigung der Arbeitnehmer für die von der Arbeitgeberseite in jeknem eine Entschädigung von 710 Pf. gegeben werden. Der Kassenbestand ist 2768 männliche und 2357 weibliche, insgesamt 5617 Mitglieder.

Die Einnahmen der Hauptkasse einschließlich eines Aufschlusses der Lokalkasse betragen 1873,90 Mk. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse einschließlich eines Kassenbestandes aus dem Jahre 1924 von 4339,29 Mk. und eines jüngst behaltenen Betrages von 6740,02 Mk. aus der Hauptkasse bilanzieren mit einem Betrag von 81403,35 Mk. An Untersuchungen wurden an die Mitglieder von 92804,21 Mk. gezielt. In den Ausdruck wurden folgende Kollegen und Kolleginnen gewählt: Frau Arnold, Krammer, Riederer, Prasser, Fr. Wörfl, Dobler, Fröhlich, Förster, Höninger, Matzner, Miss Münch, Staubacher, Schick und Weinsch. In den schiner, Miss Münch, Staubacher, Schick und Weinsch. In den Bauausschuss: Frau Kastenmüller, Kollegen Dandy, Gilbacher, Kauder, Käufel und Paulus.

Genossenschaftsbewegung.

Kampfselig, aber gescheitkundige Meister.

Weniger klug und witzig als ihr großer handwerklicher Vorfahre Hans Sachs, den man gerade in diesen Tagen wieder in der Erinnerung sieht, müssen wohl die ehrenwerten Schuhmacher in Steinbach-Hallenbergs (Thüringer Wald) sein. Die dortige Schuhmacherzwangslösung gab nämlich durch eine Zeitungsanzeige öffentlich bekannt, daß ihre Meister Socken und Schuhe auf keinen Fall in Reparatur nehmen würden, die in Kolonialwarenhandlungen und Konsumvereinen gekauft worden seien. Das war gewiß recht kampfselig, aber nicht besonders klug gehandelt. Die Schuhmacherzwangslösung mußte sich denn auch darüber beklaglichkeiten beklagen lassen. Auf eine beim Landratsamt eingelagerte Beschwerde hat dieses den Schuhmachern durch eine Verfügung auf Grund der Reichsgewerbeordnung aufgegeben, in derselben Zeitung, die die Kampfselig der Schuhmacher enthält, also wiederum öffentlich, bekanntzugeben, daß die Anzeige der Schuhmacher in Steinbach-Hallenbergs den gesetzlichen Bestimmungen widerspricht und daher ungültig ist. Das Landratsamt war überdies noch so freundlich, der Schuhmacherzwangslösung einen guten Rat zu geben, nämlich den, die Kosten der neuen Veröffentlichung von demjenigen einzuziehen, der die Anzeige seinerzeit veranlaßt hat. Das kommt davon, wenn die Meister vom Antiquen Schuh aus dem Konsumverein nicht fliehen und nicht sohlen wollen!

Rundschau.

Aufhebung des Visums Deutschland-Holland.

Zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung ist die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerkzwanges mit Wirkung vom 1. Februar 1926 vereinbart worden. Von diesem Zeitpunkt ab können Reichsangehörige die Niederlande und niederländische Staatsangehörige das Reichsgebiet über die amlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimatpasses ohne Sichtvermerk betreten und verlassen. Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis über Name, Alter, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt; der Kinderausweis muß bei Kindern über 10 Jahre mit einem Lichtbild versehen sein. Im kleinen Grenzverkehr mit den Niederlanden sind weitere Vereinfachungen vorgesehen; diese treten am 1. März 1926 in Kraft.

Freiherr von Reiswitz †.

Der Hauptredakteur der "Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" ist am 27. Januar gestorben. Das ist nichts Besonderes. Aber wenn die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung in ihrer Nr. 5 vom 31. Januar 1926 in einem Nachruf sagt:

Ehrlich gegen sich und andere, achtete er jede ehrliche Überzeugung. In der Sache oft drollig und deutlich bis zum Schaden, lehrte er grundlegend jede Verangstigung der Person des Gegners ab. So wollen wir dazu nur einige Worte verlieren. Reiswitz war wie Büch und Zill ein verbissener Gegner und Hasser der Arbeitersbewegung. Unter der Schriftleitung Reiswitz hat die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung die bämischen und lächerlichen Verangstigungen der Arbeiter gebracht. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß Reiswitz schrieb, die Arbeiter trinken Sekt, ein andermal, die Arbeiter wollten nicht mehr die von den Herrschäften beigelegten Kleider im Zwölferkabinett kaufen und betrügerische Späherkinder. Das ist doch wohl beständige Herunterziehung, Verunglimpfung des Gegners. Nur das wollten wir zur Ehre der Wahrheit feststellen.

Der Trunkschämmischwindel.

d. h. die Anreitung und der Vertrieb von Alkohol, die gegen Trunksucht helfen sollen, ist ernst in starker Nachfrage, dies, obwohl seit Dezember v. J. diese Erzeugnisse allgemein auf die Gemeinschaftsliste gesetzt sind, also ihre Anwendung und Anreitung im ganzen Reich bei Strafe verboten ist. Dieses Verbot entspricht nur der durch die wissenschaftliche Forschung, wie durch die langjährige praktische Erfahrung in der Trunkschämmischwindel gewonnenen Erkenntnis, daß Keinelei ärztliches Präparat Heilung von der Trunksucht bringen kann, möge es noch so leicht und marktlichreicher angepriesen werden, sondern einzig und allein der Entzugsplatz und die Sauberhant des Alkoholkranken kann Trunksucht ist ebenso leicht, wie Krankheit als Laster zu dauernder Entzugsfähigkeit von allen geistigen Getränken. Diese wird am sichersten durch den Anschluß an einen Entzugsverein erreicht und am rechtschaffensten. In manchen Fällen ist eine längere Heilbehandlung in einer Trinkerheilanstalt möglich. Ein neues Zeichen der deutschen Trinkerheilanstalten mit den wissenschaftlichen Angaben über diese ist beim Verlag "Auf der Wiese", Berlin-Dahlem, für voreinzulegende 20 Pf. zu beziehen.

Litterarisches.

Eine gerechte Beurteilung des Nationalsozialist hat jahrtausende lang auf sich warten lassen. Zum erstenmal wird eine solche in einer Zusammenfassung verfaßt in dem soeben bei Brockhaus erschienenen Werk: "Hans Pichocke. Von den Barbaren zu den Primitiven. Die Nationalsozialisten durch die Jahrhunderte". 120 Seiten mit 49 Abbildungen (Gebundet 4,50 Mk., gebunden in Holzleinen 6,50 Mk.) Nationale Gedächtnisfeier bei den Bürgern des Altersraums wie in der Antike ließ die freudigen Völker als Barbaren, als Feinde, erscheinen. Aber Griechen und Römer waren doch befriedet, den Bürgern, die sie von den Hörerfolgen kannten, Geschichtsbücher widerzuhören zu lassen, und wir wissen, daß das Bürgers die Germanen als Ritter aller männlichen Tugenden hingestellt worden waren. Die Römer legten die vornehmste Forschung der Griechen und Römer ab. Das Nationalsozialist ist weiter der Herrschaft der freudigen Christen in den Nationalsozialisten Kinder des Tempels. Gott zu edler Menschenfreund, der Bischof Leo X. hat in den Nationalsozialisten ebenfalls ebenfalls Freundschaft erkannt. Die Deutschen brachten im 18. Jahrhundert eine Überhöhung der Nationalsozialist, was ist in andere System, und die eingetretene wahren des

Europäern, fast als höhere Welten gegenübergestellt. Deutschen, Forstner und Herder, ist es zu verdanken, daß die richtige Bewertung der Nationalsozialisten sich andachte. Heute lebt die Völkerwelt in den Primitiven keine Freude mehr, sondern Nationalsozialisten, die im Prinzip einer eigenartigen Kultur sind. Der reiche Bildschirm des neuen Werkes gibt neben dem fesselnden wissenschaftlich festgelegten Test eine hochinteressante Schau der Gefahren, die die Kulturhöher im Laufe der Jahrhunderte in den Naturvölkern gesehen haben.

Vorbereitung zum Volksentscheid. Der Volksentscheid ist in Vorbereitung und nun gilt es, die Funktionäre der Gewerkschaften und der Partei mit der nicht nur umzugehen, sondern auch komplizierten Materie, die dem kommenden Volksentscheid zugrunde liegt, vertraut zu machen. Zu diesem Zweck gibt die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes eine etwa 70 Seiten umfassende Broschüre mit Titel heraus: "Fürstenabfindung? Ein Leitfach zum Volksentscheid", die an die Organisationsmitglieder zum Preise von 50 Pfennig und bei Massenabzug zu noch günstigeren Bedingungen abgegeben wird. Das Material ist von einem Genossen bearbeitet, der nach der Umwidmung zweier Jahre lang im preußischen Finanzministerium bei den Auseinandersetzungen des preußischen Staates und Wilhelm II. mit tätig gewesen ist und im befrüchten an der Liquidation der Hofverwaltung mitgearbeitet hat. Das in dieser Broschüre zusammengefaßte Material wird den Funktionären für die Vorbereitung des Volksentscheids in Hülle und Fülle Kämpfargumente und Aufklärung an die Hand geben.

Erwerbslosenfürsorge. Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 mit den Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1925 ist vom Gewerkschaftskartell Leipzig neu herausgegeben worden. Die dritte Ausgabe enthält außerdem die S. 6. und 7. Ausführungsverordnung vom 18./21. Januar 1925 sowie die Bestimmungen über Rostlandsarbeiten vom 30. April 1925.

Das Stück kostet 30 Pf. Zu bezahlen durch das Gewerkschaftskartell Leipzig. Zeitzer Straße 32.

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch gestohlen!

Dem Kollegen J. H. Mühling, geb. am 21. Juli 1899 in Hamm-Münzen, zu uns übergetreten am 22. Januar 1923. Mitglied der Zahlstelle Hamm-Münzen, ist sein Mitgliedsbuch S. II. 407 633 auf der Arbeitsstelle gestohlen worden. Das Buch ist bei Vorzüglich abzuhören und an den Hauptvorstand einzufinden. Die Personalien des Vorzeigers sind polizeilich festgestellt.

Dem Kollegen Peter Merkel in Endwigshausen ist sein Mitgliedsbuch S. II. 719 863 gestohlen worden. Bei Vorzüglich des Buches ist zu verfahren wie im obigen Falle.

Abrechnung der Hauptkasse

3. Quartal 1925.

	Ginnahme	
An Kassenbestand 2. Quartal 1925	639 898	42
Beiträge	2 240 481	84
Von den Zahlstellen mehr eingesandt	552	25
Protokolle	508	—
Bücher und Broschüren	287	26
Bureauabdruck	1 068	96
Karolath und Kassierkarten	188	90
Proletarier	226	51
Korrepondenzblätter	14	—
Ersatzbücher und Larien	862	10
Einzelmitglieder	862	99
Zurückgezahlte Beiträge	2 092	90
Zinsen	22 920	51
Sonstige Einnahmen:	Hauptkasse 100,—	16
	Zahlstellen 766,16	16
		366
Vermögensbestand	3 000	—
Versicherungsbeiträge der Zahlstellen	4 536	25
Zuschüsse von den Zahlstellen zurückgerechnet	415 928	55
Summe	3 392 470	68

	Ausgabe	
Per Erwerbslosen-Unterstützung:		
a) an Reisende	1 035	70
b) an Arbeitslose	105 264	56
c) an Kraute	297 177	83
Rechtschul:	Zahlstellen 3145,41	
	Hauptkasse 767,60	3 913
Mahregelung:	Zahlstellen 1798,80	
	Hauptkasse 187,50	1 986
Umgangsgeld	3 608	40
Siegeld	24 417	85
Rottlage-Unterstützung:	Zahlstellen 4164,25	
	Hauptkasse 247,50	4 711
Streit-Unterstützung	594 515	18
Ankäufer von den Beiträgen an die Zahlstellen	736 534	88
Mark- u. Stempel	2 872	07